

## **Joachim Hennig: Verfolgung und Widerstand 1933-1945 im heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz.**

Vortrag gehalten am 20. März 2015 beim Geschichtsverein Plaidt in Plaidt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die freundliche Begrüßung, die einführenden Worte und Ihnen allen für Ihr Kommen.

Ich möchte mich noch kurz bei Ihnen vorstellen. Von Beruf bin ich Richter, ich bin seit 1,5 Jahren im Ruhestand. Ansonsten bin ich seit vielen Jahren in der Gedenkarbeit in und um Koblenz aktiv. Ich bin Gründungsmitglied und heute stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz, stellvertretender Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit im heutigen Rheinland-Pfalz sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Fachbeirats zur Gedenkarbeit bei der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Ansonsten bin ich Autor, Ausstellungs- und Filmemacher, Referent, Tagungsleiter zum Thema juristische Zeitgeschichte und vor allem zur Gedenkarbeit im nördlichen Rheinland-Pfalz. Da passt es natürlich sehr gut, dass ich heute bei Ihnen bin und Ihnen einiges zur Verfolgung und Widerstand im heutigen Rheinland-Pfalz 1933 – 1945 erzähle.

Wir wollen uns jetzt nicht weiter bei der Vorrede aufhalten. Wir haben heute Abend ein dichtes Programm. Das Thema ist sehr komplex, da gibt es viel zu erzählen und mit der Powerpoint-Präsentation zu zeigen. Ich werde versuchen, das Thema komprimiert auf 1 ½ Stunden zusammenzufassen. Danach gibt es dann noch Gelegenheit zur Diskussion.

In meinem Vortrag werden Sie sicherlich einiges über das heute nördliche Rheinland-Pfalz und seine Bürger erfahren, was Ihnen noch nicht so bekannt war. Manches werden Sie auch wiedererkennen, denn Sie kennen es aus der deutschen Geschichte. Das braucht Sie nicht zu wundern. Vieles, was anderenorts geschah, geschah auch hier im nördlichen Rheinland-Pfalz und auch in der Pellenz. Diese Region und seine Bürger waren damals nicht ungewöhnlich – nicht besonders „stramm“ „Nazi“ und auch nicht besonders „Anti-Nazi“. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während des Nationalsozialismus, also in der gesamten Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945, eine „normale“ Region. Koblenz war zwar „Gauhauptstadt“, Hauptstadt des NS-Gaues Koblenz-Trier (später: Gau Moselland), aber ansonsten eine Stadt und auch eine Region wie jede andere auch, mit Opfern und mit Tätern, und natürlich auch mit vielen, viel zu vielen Zuschauern. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während der NS-Zeit so „Durchschnitt“, so „normal“, dass man an seiner Geschichte im Großen und Ganzen die Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes im „Dritten Reich“ regionalgeschichtlich wieder findet - sofern man nur lang und intensiv genug den Spuren der Täter und der Opfer nachgeht.

Die Verfolgung in Koblenz und Umgebung begann schon wenige Tage nach der sog. Machtergreifung am 30. Januar 1933 mit dem Erscheinungsverbot für Zeitungen, mit der Verhinderung von Demonstrationen und der Entfernung von Demokraten aus Schlüsselstellungen in den Verwaltungen. Eines der ersten Opfer war der Polizeipräsident von Koblenz, Dr. Ernst Biesten. Getreu seinem Wahlspruch „Tue recht und scheue niemand!“ war er seit Jahren ein entschiedener Gegner der Nazis gewesen. Immer wieder trat Biesten mit seiner Koblenzer Polizei ihnen entschieden entgegen und ließ nach dem sog. Schwarzen Sonntag von Nastätten 69 NS-Rabauken zusammen mit dem damaligen NS-Gauleiter Robert Ley festnehmen und für einige Tage im Koblenzer Gefängnis in Haft halten. Was sie jahrelang nicht schafften, gelang den Nazis dann aber schon zwei Wochen nach der „Machtergrei-

fung". Sie setzten Biesten als Polizeipräsidenten von Koblenz ab. Am Tag darauf, am 14. Februar 1933, brachte das Nazi-Organ „Koblenzer Nationalblatt“ voller Häme und Genugtuung mit einer zynischen Karikatur Biestens die Meldung des Tages.

Zu einem Strafverfahren gegen Biesten kam es zwar nicht, aber die Nazis sorgten dafür, dass er wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ während der ganzen Naziherrschaft kein öffentliches Amt mehr bekleiden konnte. Auch Rechtsanwalt durfte er nicht werden. Er überlebte die Diktatur, war Mitbegründer der CDU in Koblenz, einer der Väter rheinland-pfälzischen Verfassung und schließlich erster Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz.

Die Kommunisten waren als erste im Fadenkreuz der Nazis. Zwar gab es Aufrufe von ihnen zu einem Generalstreik – mehr aber auch nicht. Stattdessen gab Hitler für die Wahlen im März 1933 die Parole aus: „Kampf gegen den Marxismus!“ Da war der Brand des Reichstags am Abend des 27. Februar 1933, den die Nazis den Kommunisten in die Schuhe schoben, für sie ein „gefundenes Fressen“. Später erinnerte sich der in St. Sebastian geborene und später in Metternich lebende Kommunist Jakob Newinger u.a. daran, dass er am 28. Februar 1933 als erster verhaftet wurde und sich die Menschenmenge auf der Straße – es war gerade Karneval - für ihn einsetzte. Das alles half aber nichts. Als die Ansammlung immer größer wurde, rief der Naziwirt das Überfallkommando an, was auch bald erschien und mich unter Protest der Massen in das Auto zerrte und ins Polizeigefängnis brachte. Anders Tags kamen noch mehr Kommunisten ins Gefängnis.

Newinger und die anderen Kommunisten kamen in sog. Schutzhaft. Diese sollte hinfort das Mittel der Nazis und ihrer vielen Helfer sein, die politischen Gegner oder die, die sie dafür hielten, wegzusperren und zu schikanieren. Festgehalten wurden sie in Koblenz vornehmlich in dem Gerichtsgefängnis in der Karmeliterstraße. Das steht heute nicht mehr. Es stand da, wo sich jetzt der rückwärtige Teil des BWB („Koblenzer Hof“) befindet und das Gedenkreilief für Pater Josef Kentenich angebracht ist – direkt neben dem Landeshauptarchiv Koblenz.

Es folgten die ersten Drangsalierungen der Juden, indem man sie aus der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, der Rechtsanwaltschaft sowie aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entfernte, ihre Geschäfte boykottierte und sie wegen vermeintlicher Straftaten stigmatisierte.

Zum 1. Mai 1933 organisierten die Nazis einen großen Bluff, dem auch die Gewerkschaften erlagen: Sie veranstalteten den traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung, den 1. Mai, mit Demonstrationen und Aufmärschen in ihrem Sinne und erklärte ihn erstmals in der deutschen Geschichte zum Feiertag, zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Ziel der Nazis war es, die Gewerkschaften in Sicherheit zu wiegen und den Arbeiter für sich und die deutsche „Volksgemeinschaft“ zu gewinnen.

Auch in Koblenz und Umgebung wurde der 1. Mai nach Art der Nazis gefeiert. Die nachfolgenden Schlagzeilen aus dem „Koblenzer Nationalblatt“ vermitteln einen gewissen Eindruck:

Die Schlagzeile vom 2. Mai lautete:

**Der Tag des deutschen Sozialismus – Gewaltige Massenkundgebungen im Südrheinland.**

Und im regionalen Teil von Koblenz hieß es:

**Koblenz feiert den 1. Mai – und Feuer grüßen über den Rhein – Gewaltiger Lichterzug zum Oberehrenbreitstein – Der Gruß der 10.000 an den Führer.**

Das war das Vorspiel nur und am folgenden Tag kam das, was die Nazis schon längst geplant hatten: die Zerschlagung der Gewerkschaften. Überall im Deutschen Reich stürmte die SA die Gewerkschaftsbüros, verhaftete Funktionäre und beschlagnahmte das Eigentum. Die Regierung erklärte die Freien Gewerkschaften für aufgelöst und bildete die Deut-

sche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley als Zwangsvereinigung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften und vor allem dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 als „staats- und volksfeindlich“ setzte sich die Verfolgung des politischen Gegners fort. Die anderen Parteien – wie etwa die katholischen Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei – wurden übrigens nicht verboten. Sie kamen dem drohenden Verbot zuvor, indem sie sich selbst auflösten. Anfang Juli 1933 gab es im Deutschen Reich nur noch eine Partei: die NSDAP.

Jetzt wurden außer den Kommunisten verstärkt auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und oppositionelle Bürgerliche in „Schutzhaft“ genommen. Viele von ihnen kamen in die auf dem Clemensplatz in Koblenz stehende SS-Kaserne. Einer der Misshandelten verdeutlichte die Schwere der Misshandlungen damit, dass er miterlebte, wie zwei Putzfrauen aus dem Dachfenster des daneben liegenden Oberpräsidiums auf die Straße riefen: „Hilfe, hier werden Leute misshandelt!“ Daraufhin – so die Aussage – ergriff ein SS-Posten das Gewehr und rief zurück: „Wenn ihr nicht mit euren Köpfen verschwindet, schieße ich euch die Köpfe ab!“ Sodann fanden die Vernehmungen in der Autohalle im Hof des Oberpräsidiums statt.

Die ersten Koblenzer, es waren ca. 40 Schutzhäftlinge, kamen in das neu errichtete Konzentrationslager Esterwegen im Emsland. In diesem Emslandlager – in denen übrigens das heute noch bekannte antifaschistische Lied „Wir sind die Moorsoldaten“ entstand – wurden sie u.a. von dem bereits erwähnten Koblenzer SS-Mann Emil Faust gequält. Faust wurde dann schon sehr bald Kommandant des Konzentrationslagers Neusustrum im Emsland. Er quälte die Häftlinge so sehr, dass es sogar der politischen Polizei zu viel wurde. Faust wurde als Lagerkommandant abberufen und einige Zeit später Hausmeister in der Neuendorfer Volksschule – der heutigen Willi Graf-Schule. Das war dann wohl der „richtige Wirkungskreis“ für ihn.

Drangsaliert – wenn auch in deutlich geringerem Maße – wurden auch die Mitglieder des Zentrum. Ihre Abgeordneten verloren ihre Mandate und waren Diffamierungen ausgesetzt. Mit Sparkassen- und Devisenverfahren wollte man sie kriminalisieren. Diese Strafprozesse endeten aber mit Freispruch. Der Name des früheren Reichstagsabgeordneten Eduard Verhülsdonk aus Neuwied, der ebenfalls in „Schutzhaft“ genommen dann aber freigesprochen wurde, steht für diese Opfergruppe.

Härter ging die Justiz mit den Kommunisten um. Anlass für Strafverfahren gegen sie waren etwa illegaler Waffenbesitz, die Herstellung oder Verteilung von Flugschriften der KPD, die Zahlung von Beiträgen an die inzwischen illegale Parteikasse o. ä. Solche Aktivitäten galten als Vorbereitung zum Hochverrat und führten auch bei Koblenzern zu Strafverfahren. So wurden beispielsweise in einem Massenverfahren 21 Koblenzer Kommunisten wegen Verteilung von Flugschriften und Zeitungen sowie sonstiger Betätigung für die inzwischen illegale KPD mit bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Justiz ließ sich schon sehr früh und auch in anderen Bereichen für das Unrechtsregime missbrauchen. Dies geschah beispielsweise bereits ab 1934 in den Erbgesundheitsgerichten, die aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sog. Rassenhygiene betrieben. Auch das in Koblenz ansässige Erbgesundheitsgericht ordnete Zwangssterilisationen an. Allein 1934 waren es 530 und 1935 920 Anordnungen. Die allermeisten Unfruchtbarmachungen erfolgten zwangsweise. Viele wurden im Koblenzer Krankenhaus Kemperhof durchgeführt.

Eine andere Form des Rassismus der Nazis war es, „fremde Rassen“ als genetisch „minderwertig“ zu stigmatisieren, wie es etwa durch die sog. Nürnberger Gesetze und ihre Folgeerscheinungen geschah. In Verfolg dessen gab es in Koblenz kurz nach Erlass der „Nürnberger Rassengesetze“ die „Judenliste von Koblenz“. Mit ihr wurde unter Namensnennung

im Einzelnen zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte u.a. aufgerufen wurde. Nach dem „Blutschutzgesetz“, einem Nürnberger Gesetz, waren außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ verboten. Schon ein Kuss war versuchte „Rassenschande“. Der 57jährige Jude Max Kaufmann aus Koblenz wurde wegen eines solchen Kusses vom Landgericht Koblenz zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe büßte er vollständig und wurde als Jude alsbald in den Osten deportiert. Zentrum dieses sich immer mehr steigernden Terrors war die Leitstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo-Leitstelle) in der Straße „Im Vogelsang“. Das Gebäude existiert heute nicht mehr, wohl aber die Straße „Im Vogelsang“. Es ist eine kleine Straße neben dem heutigen Landeshauptarchiv und sie führt - heute wie früher - auf den Haupteingang des Gebäudes des Landgerichts. Erst um 1936 hatte die Gestapo das Gebäude bezogen. Es war viele Jahre lang von der Reichsbank genutzt worden. Als diese dann in die Neustadt am Schloss zog in das Gebäude, in dem sich heute die Filiale der Deutschen Bundesbank befindet, wurde dieses alte Reichsbankgebäude frei. In das zog wie gesagt die Gestapo. Sie können sich vorstellen, was sich dort jahrelang in den im Keller gelegenen Tresorräumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgespielt hat. Dort war das „Hausgefängnis“ der Gestapo(leit)stelle Koblenz. Dorthin wurden Mitbürger gebracht, vor allem um sie zu verhören und dabei zu quälen und zu foltern.

Im katholischen Rheinland blieb es nicht aus, dass der politische Katholizismus, die katholische Kirche und der katholische niedere Klerus ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten gerieten. Die Nazis wollten letztlich die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und den Einfluss des Katholizismus zurückdrängen. Dabei rückten die katholischen Priester immer mehr in das Blickfeld. Auf ihrem Rücken trugen die Nazis - auch hier - ihren „Weltanschauungskampf“ gegen die katholische Kirche aus. Das sah dann beispielsweise so aus, dass schon die Nichtbeflaggung des Kirchturms Anlass für eine vorübergehende „Schutzhaft“ und/oder eine mehrmonatige Gefängnis-strafe war.

Auch evangelische Pfarrer blieben von den Nazis nicht verschont. Einer der bekanntesten ist der Dickenschieder Pfarrer Paul Schneider, der wiederholt in Koblenz in „Schutzhaft“ inhaftiert war. Teils hielt man ihn in dem bereits erwähnten Gefängnis im Gestapo-Gebäude im „Vogelsang“ fest, teils auch im Polizeigefängnis (heute „Neubau“ der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz am Friedrich-Ebert-Ring). Aus diesem Polizeigefängnis heraus wurde Pfarrer Paul Schneider ins KZ Buchenwald deportiert. Wegen seines unbeugsamen Widerstehens aus christlicher Überzeugung erhielt er später den Ehrennamen „Prediger von Buchenwald“. Er ist wohl das erste Koblenzer Opfer des nationalsozialistischen Regimes, das in einem Konzentrationslager umgebracht wurde.

Ähnlich aufrecht waren die Zeugen Jehovas bzw. die Ernstern Bibelforscher wie sie damals hießen. Zunächst überzog man sie wegen ihres Glaubens mit Strafverfahren und sperrte sie in Gefängnisse. Später nahm man einige von ihnen auch in Neuwied in „Schutzhaft“ und verschleppte sie in Konzentrationslager. Zwei von ihnen waren die Eheleute Michaelis aus Neuwied. Sie wurden vom Sondergericht Köln, das in Koblenz tagte, zu einem Jahr und vier Monaten bzw. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Fritz Michaelis kam nach Verbüßung der Gefängnisstrafe nicht frei, sondern wurde in Koblenz in „Schutzhaft“ genommen und dann ins KZ Dachau verschleppt. Ein Jahr später kam er dort um. Seine Frau Liesbeth zog nach der Entlassung aus der Haft nach Berlin. Auch dort blieb sie ihrem Glauben treu, schloss sich einer widerständigen Organisation an und versteckte fahnenflüchtige Glaubensbrüder. Als dies entdeckt wurde, nahm man sie in Haft und verurteilte sie wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu fünf Jahren Zuchthaus.

Das Jahr 1938 kündigte einen Wendepunkt der Verfolgung im Nationalsozialismus an. Der Vorbote dieses Wendepunkts war die sog. Reichspogromnacht am 9./10. November 1938. Sie und ihre Folgen machten den jüdischen Mitbürgern deutlich, dass für sie die bürgerli-



chen Rechte und Gesetze in einem totalen und existentiellen Sinne nicht mehr galten. In Koblenz wurden von Trupps der SA, SS und Gestapo 19 Geschäfte und 41 Wohnungen demoliert und die jüdischen Mitbürger misshandelt. Eine von vielen war Emma Brasch, die Witwe des zwei Jahre zuvor gestorbenen Rechtsanwalts und Justizrats Dr. Isidor Brasch. Die Eheleute und ihre beiden Söhne hatten zunächst in Mayen gewohnt, später hat Dr. Isidor Brasch seine Rechtsanwaltskanzlei nach Koblenz verlegt. Nach dem Tod ihres Mannes und der Auswanderung ihres jüngeren Sohnes Dr. Walter Brasch und seiner Familie war Emma Brasch in Koblenz wohnen geblieben. Am frühen Morgen des 10. November 1938 fiel eine ganze Horde Nazis in das Haus ein und demolierte es. Bereits im Eingangsbereich rissen die Männer die Kacheln von den Wänden und beschädigten das Treppenhaus. Ihre Verwüstung setzten sie in der Wohnung fort, in der sie die 71-jährige Emma Brasch allein antrafen. Die Nazis zerhackten einen großen Teil der Möbel, und plünderten den Inhalt von Schränken. Die entsetzte alte Dame zerrten sie aus der Wohnung, schleppten sie in den Garten, sperrten sie dort ein und machten von ihr, im Nachthemd, ein Foto – um es später in dem Hetzblatt „Der Stürmer“ zu veröffentlichen und damit die Juden insgesamt lächerlich zu machen.

Die Koblenzer Synagoge am Florinsmarkt, in dem „Bürresheimer Hof“, wurde zerstört – nicht wie andersorts in Brand gesetzt, weil sonst die umliegenden Häuser in Mitleidenschaft gezogen worden wären, der Friedhof in der Schwerzstraße geschändet und die Leichenhalle verwüstet.

Die endgültige Wende brachte der vom Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen entfesselte Zweite Weltkrieg. Auf diese Situation hatten die Nazis nicht nur längere Zeit militärisch und außenpolitisch hingearbeitet, sondern sich auch innenpolitisch vorbereitet. Dazu hatten sie eine Kartei mit SPD-Parteifunktionären und mit Gewerkschaftern angelegt. Am 1. September 1939 verschleppten sie entsprechend dieser sog. A-Kartei-Aktion etwa 850 Personen in Konzentrationslager. Einer von ihnen war der Metternicher SPD-Funktionär Johann Dötsch. Er blieb fast sechs Jahr im KZ Sachsenhausen. Ende April 1945 kam Dötsch von Sachsenhausen aus noch auf den Todesmarsch in Richtung Ostsee. Er überlebte, wurde Anfang Mai befreit. Nach seiner Rückkehr nach Koblenz war er Wiederbegründer der SPD in Koblenz und Präsidialdirektor in der Provinz Rheinland/ Hessen-Nassau. Kaum ein Jahr später starb er an den Folgen der im KZ erlittenen Misshandlungen. Drei Wochen vor seinem Tod ging für ihn noch ein großer Wunsch in Erfüllung: Auf der Bahre wurde er ins Wahllokal getragen und er konnte an den ersten freien Wahlen seit 1933 teilnehmen. Tja, so ändern sich die Zeiten. Wenn heute Wahl ist, gehen viele nicht hin – auch nicht ohne Bahre.

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen schufen die Nazis die Grundlagen für die Verfolgung im künftigen Krieg, der dann Verfolgungen in einem ganz anderen Maße auslöste bzw. ermöglichte. Mit Kriegsbeginn holte man die in der Schublade verwahrten Gesetze und Verordnungen hervor und setzte sie in Kraft: die Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938(!), die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, die Kriegswirtschafts-Verordnung vom 4. September 1939 und die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939. Allein schon die Wortwahl „Volksschädling“ macht deutlich, was damit bezweckt war: die „Schädlingsbekämpfung“, die Vernichtung von Menschen.

Diese Rechtsvorschriften lieferten die scheinlegale Grundlage für die Bestrafung u.a. von Eides- und Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und Saboteuren, und das bedeutete oft - wie es damals hieß - ihre „Ausmerze“. Auch Koblenzer bzw. Personen aus dem Umland wurden Opfer dieser „Blutjustiz“. Einer dieser Eides- und Kriegsdienstverweigerer war der Pallotiner-Pater Franz Reinisch. Er wurde wegen seiner Gewissensentscheidung, den Treueid als wehrpflichtiger Soldat auf Hitler persönlich nicht leisten zu können, vom Reichs-

kriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg-Görden mit dem Fallbeil hingerichtet.

Zur Aburteilung solcher Wehrdienstentziehungen waren auch die zivilen Gerichte zuständig. Solche Straftaten kamen aber nun nicht vor die „normalen“ zivilen Gerichte. Vielmehr hatten die Nazis schon frühzeitig Sondergerichte geschaffen. Ein solches Sondergericht war etwa der Volksgerichtshof in Berlin. Daneben gab es aber solche auch „vor Ort“. Sie hießen auch so - nämlich Sondergerichte - und waren bei den Landgerichten angesiedelt. Zunächst existierte beim Landgericht in Koblenz noch kein derartiges Sondergericht, es wurde dann aber im Jahre 1940 eingerichtet - wegen des starken Geschäftsanfalls wie es hieß. Von da ab spielte in diesem Bereich auch das Sondergericht Koblenz eine schlimme Rolle. Vom Sondergericht in Koblenz sind allein 15 Todesurteile bekannt.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges markierte in vielem eine schwerwiegende Verschärfung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und eine weitere Radikalisierung der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer. Damit änderten sich die Repressalien der Nazis reichsweit und in dem von ihnen angegriffenen und besetzten Europa, aber auch konkret in unserer Region. Es änderte sich nicht die Richtung der Verfolgung, wohl aber deren Schwere und die Zahl der Opfer. Waren bisher - bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges - die Toten die Ausnahme, so war es für die Zeit danach eher umgekehrt: Die Ausnahme waren die Überlebenden.

Auf den 1. September 1939 datierte auch der sog. Ermächtigungserlass Hitlers, der die pseudo-rechtliche Grundlage für den als „Euthanasie“ genannten Massenmord an mehreren hunderttausend Menschen bildete. Für die Krankenmorde, die Nazis nannten das Tötung „lebensunwerten Lebens“, steht in unserer Region der Name der Heil- und Pflegeanstalt Andernach. Die Anstalt in Andernach war eine von zahlreichen „Zwischenanstalten“ im Rahmen des „Euthanasie“-Programms der Nazis. Auch von Andernach aus wurden psychisch kranke und andere Menschen in den Tod geschickt. Der Ablauf der Morde war überall der gleiche. Zunächst, bis zum 25. Juli 1941, wurden die „Ursprungs-kranken“ aus der Anstalt entfernt. Es gab insgesamt sieben Transporte mit ca. 470 Patienten. Bis auf drei Patienten wurden alle in der Gaskammer der Tötungsanstalt Hadamar ermordet. Daraufhin kamen zwischen dem 9. Mai und dem 11. Juli 1941 aus anderen Anstalten insgesamt 517 Menschen nach Andernach – es war ja durch den Abtransport der „Ursprungs-kranken“ Platz geschaffen worden. 449 von ihnen – einige wurden entlassen oder verstarben – verschleppte man zwischen dem 18. Juni und dem 15. August 1941 in fünf Transporten nach Hadamar. Dort wurden sie unmittelbar nach der Ankunft in der Gaskammer im Keller ermordet und dann verbrannt. Ein einziger Patient entging der Tötung: Seine Mutter hatte darauf hingewiesen, dass ihr Sohn ein „glühender Antisemit“ sei. Nach dem Stopp der Anstaltsmorde im August 1941 setzte man auch hier nach einiger Zeit die Tötungen fort (das war die Zeit der sog. wilden Euthanasie). Die Tötungen erfolgten durch eine systematische Überdosierung von Medikamenten und durch Verhungern lassen. Diese Morde sind im Einzelnen als solche natürlich schwer nachweisbar. Teilweise anders war es mit den „Ostverlegungen“, eine Eigentümlichkeit der Andernacher Anstalt: Mit insgesamt 18 Transporten in den Jahren 1943 und 1944 wurden etwa 600 Patienten in den Osten, etwa nach Tworki bei Warschau, nach Lüben in Schlesien und nach Meseritz/-Obrawalde, verschleppt. Unter den katastrophalen Verhältnissen dort hat kaum einer überlebt. Insgesamt ist davon auszugehen, dass mindestens 1.500 Menschen in der oder über die Anstalt in Andernach im Rahmen der NS-„Euthanasie“ ermordet wurden.

Mit dem Krieg verstärkte sich auch die Verfolgung der Sinti und Roma. Hatte man sie zunächst schikaniert, dann registriert und die in der Umgebung von Koblenz lebenden Sinti konzentriert, so wurden sie alsbald deportiert. Im Zusammenhang mit dem sog. Westfeldzug wurden im Mai 1940 zehn in Koblenz lebende Sinti-Familien (insgesamt 77 oder 78

Personen) aus ihren Wohnungen herausgeholt und nach Köln und dann zusammen mit insgesamt 2.500 Sinti und Roma aus den westlichen und nordwestlichen Teilen des Reiches in das besetzte Polen, in das sog. Generalgouvernement, verschleppt. Um dort überhaupt überleben zu können, mussten sie - selbst 10-jährige Kinder - in Steinbrüchen u.ä. sehr hart arbeiten.

In Deutschland gab es auch in jenen Jahren trotz jahrelanger Verfolgung und Gleichschaltung durch die Nazis noch Widerstand oder widerständisches Verhalten. Obwohl die Kommunisten von Anfang an ganz massiv von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, gelang es ihnen, über die Jahre hinweg in traditioneller Form vielfältigen Widerstand zu leisten. In kleinen Zirkeln hielten sie Kontakt untereinander und bestärkten sich und andere in ihrer Gegnerschaft gegen den Hitler-Faschismus. Ein solcher Kreis von Vertrauten und Gleichgesinnten hatte sich um 1940 auch in Koblenz-Metternich gebildet. Kopf und Herz dieser Gruppe waren die Eheleute André und Anneliese Hoevel, nach denen die Hoevelstraße in Koblenz benannt ist. Sie stammten nicht aus Koblenz, sondern waren nach vielen Jahren der Verfolgung, die sie als Kommunisten zu erdulden hatten, nach Koblenz gekommen. Ihnen wurde zum Verhängnis, dass sie denunziert wurden, weil sie ausländische Sender gehört und sich über das Gehörte untereinander und mit Angehörigen der Wehrmacht ausgetauscht hatten. Darin sah man ein todeswürdiges Rundfunkverbrechen. Aufgrund eines Urteils wurden beide innerhalb von fünf Minuten im Gefängnis von Frankfurt/Main-Preungesheim mit dem Fallbeil hingerichtet. Zu diesem Kreis um das Ehepaar Hoevel gehörte auch der in St. Sebastian geborene und in Metternich lebende Jakob Newinger – ich hatte ihn anfangs schon erwähnt. Newinger wurde zu „nur“ 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Unterdessen verfolgte der Nationalsozialismus schon längst nicht mehr nur seine traditionellen Gegner. Als totale Weltanschauung und als totaler Staat ließ man in letzter Konsequenz keine autonomen Instanzen oder Organisationen neben sich zu. Deshalb duldete man im Bereich der Jugend auch keine autonomen Erziehungsträger und keine autonomen Gruppen und selbst kein nonkonformes Verhalten einzelner. Diesen Totalitätsanspruch setzten die Nazis auch im Bereich der Jugend immer mehr durch, indem man bald außer der Hitler-Jugend keine Jugendverbände mehr duldete.

Anders als die Jugendverbände selbst konnten die Nazis aber Lebensweisen, Haltungen und Gedankengut einzelner Jugendlicher nicht verbieten. Ein Beispiel für solches nonkonformes, widerständisches Verhalten zeigte etwa der aus Andernach stammende Edgar Lohner. Erst in Andernach, dann – nach dem Umzug der Familie - in Bonn besuchte er die Schule und war Mitglied des katholischen Bundes „Neudeutschland“. Lohner unternahm mit Freunden Fahrten innerhalb Deutschlands und dann auch zur Weltausstellung nach Paris. Dort lernte er zwei jüdische Mädchen und durch sie den nach Paris emigrierten früheren Führer der Bündischen Jugend und „Nationalbolschewisten“ Karl Otto Paetel kennen. Er freundete sich mit ihnen an, fuhr noch zweimal nach Paris und nahm mit seinen Freunden auch in unserer Region an Fahrten und Lagern nach „bündischer Art“ teil. Ende 1939 wurden Edgar Lohner und seine Gruppe entdeckt und sie kamen in Untersuchungshaft. Lohner wurde vom Landgericht Koblenz wegen angeblichen Geschlechtsverkehrs mit dem einen jüdischen Mädchen in Paris wegen „Rassenschande“ zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Weiterhin wurde er wegen des Kontaktes zu K.O. Paetel und seinem Kreis in Paris wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe verbüßte Edgar Lohner zunächst im Zuchthaus Siegburg und wurde dann zur Wehrmacht eingezogen und dem Bewährungsbataillon 999 überstellt. In Nordafrika geriet er in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung studierte er an der Universität Bonn Sprachen und Philosophie und wurde promoviert. Er wanderte in die USA aus, lehrte dort an verschiedenen Universitäten und wurde 1973 Professor für Vergleichende Literaturwissen-

schaften an der Universität in Mainz. Edgar Lohner starb im Jahr 1975.

Nach wie vor wurden die katholischen Priester und Patres verfolgt. Eine größere Anzahl von ihnen wurde allein wegen der Verteidigung ihres religiös-seelsorgerischen Bereichs, ihrer kulturellen Autonomie und ihrer ethischen Maximen schikaniert und festgenommen und dann in Koblenz in Gestapohaft gehalten. Besonders unerbittlich gingen die Nazis und ihre Helfer gegen die in Schönstatt bei Vallendar beheimatete Schönstatt-Bewegung vor. Mehrere Patres von ihnen saßen in Koblenz im Karmelitergefängnis in „Schutzhaft“. Nur einige von ihnen - wie der Gründer der Schönstatt-Bewegung Pater Josef Kentenich - überlebten diese - wie man es nannte - „Hölle ohne Gott“. Auch drei Marienschwestern von „Schönstatt“ - zum Teil nach vorheriger „Schutzhaft“ in Koblenz - ins KZ, und zwar ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück.

Typisch, aber auch ganz untypisch war das Schicksal zweier Pfarrer hier ganz aus der Nähe, aus Wassenach und aus Nickenich. Der ältere von beiden, der 1872 geborene Josef Zilliken, stammte aus Mayen, der jüngere, Johannes Schulz, aus dem Saarland. Beide waren Priester im Bistum Trier und nach ihrer Priesterweihe zunächst Pfarrer in verschiedenen Gemeinden im Saarland. 1922 übernahm Zilliken die Pfarrei in Prüm und wurde Dechant des dortigen Dekanats. Zilliken war ein streitbarer Mann und geriet schon bald in die Konfrontation mit den örtlichen NS-Oberen. Wegen einer Predigt gegen das Neuheidentum und insbesondere den „Mythus des 20. Jahrhunderts“ von Rosenberg wurde er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Um es nicht zur Eskalation kommen zu lassen, bat er um seine Versetzung. Zilliken kam nach Wassenach, wo er sein Amt Anfang 1938 antrat. Bereits im Jahr 1935 – nach der Rückgliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich - war Pfarrer Schulz als Pfarrer in die Nachbargemeinde Nickenich versetzt worden. Auch dort setzten sich die Auseinandersetzungen mit den Nazis seiner alten Gemeinde fort. Sie, die Nazis, warfen ihm vor, sein Züchtigungsrecht bei den Kommunionkindern überzogen zu haben. Die Angelegenheit verlief im Sande, machte aber die Gestapo hier auf ihn aufmerksam. In der Folgezeit fiel Schulz der Gestapo wiederholt auf, u.a. wegen seines Eintretens für die katholische Bekenntnisschule, die die Nationalsozialisten abschaffen wollten und dann auch abschufen.

Schulz und Zilliken waren freundschaftlich verbunden und der Gestapo sowie den örtlichen Nazigrößen als Verfechter kirchlicher Positionen und als – sagen wir – Störfaktor bekannt. Die Katastrophe brach über die beiden Pfarrer am 27. Mai 1940 herein. Und dabei hatte der Nachmittag mit einem schönen gemeinsamen Spaziergang der beiden begonnen. Diesen ließen die beiden Geistlichen mit der Einkehr in das Ausflugslokal „Waldfrieden“ in der Nähe des Laacher Sees ausklingen. Sie saßen auf der Terrasse des Gasthauses – als unvermutet eine Jagdgesellschaft erschien und ebenfalls auf der Terrasse Platz nahm. Angeführt war die Gruppe von dem Generalfeldmarschall Hermann Göring, der wegen seiner Leidenschaft für die Jagd damals auch den Spitznamen „Reichsjägermeister“ hatte. Alle Gäste erwiesen Göring und seiner Gesellschaft die Ehre und grüßten mit „Heil Hitler“ – alle mit Ausnahme der beiden Pfarrer Zilliken und Schulz. Sie grüßten nicht und verhielten sich ganz teilnahmslos.

Die Rache des kirchen- und klerusfeindlichen Regimes war fürchterlich. Sofort nach Verlassen des Lokals meldete Göring den Vorfall der Koblenzer Gestapo. Diese verhaftete die beiden Geistlichen noch am späten Abend und verhörte sie stundenlang im Andernacher Gefängnis. Weitere Verhöre folgten und dann die Verschleppung in mehrere Konzentrationslager. Im Dezember 1940 kamen beide in das Konzentrationslager Dachau. Beide überlebten nicht die „Hölle ohne Gott“. Johannes Schulz starb am 19. August 1942, Dechant Josef Zilliken am 3. Oktober 1942.

Es war gerade das Schicksal dieser beiden, das katholische Jugendliche aus der hiesigen Gegend aufrüttelte und widerständig und gar ungewöhnlich militant werden ließ. Die An-



führer dieser Gruppe waren Willi Lohner aus Niedermendig und sein Freund Hans-Clemens Weiler aus Kruft. Beide waren zunächst vom Nationalsozialismus ein bisschen – sagen wir – begeistert, brachte er doch Schwung, schmissige Musik und auch Aufbruchstimmung mit. Schon bald vollzog sich bei den beiden aber ein Bewusstseinswandel. Sie erschreckte der Kirchenkampf des NS-Regimes und sie erlebten in ihrer unmittelbaren Umgebung, wie gerade die Pfarrer Schulz und Zilliken wegen ihres Glaubens mundtot und ins KZ verschleppt wurden. Da gründeten sie – gerade einmal 16 bzw. 15 Jahre alt - im November 1942 eine Organisation, die sie Michaeltruppe nannten.

Diese Gruppe ging vorsichtig vor, trotzdem entdeckte sie die Gestapo im August 1943. Willi Lohner, Hans-Clemens Weiler und vier weitere Mitglieder der Truppe wurden verhaftet und verhört. Danach brachte man die sechs Jungen erst in die Jugendarrestanstalt Neuwied und dann auf die Burg Stahleck. Willi Lohner und Hans-Clemens Wagner blieben dort zwei Monate und wurden dann in das „Jugendschutzlager“ Moringen verschleppt. Dort mussten sie in einem Salzbergwerk Munition herstellen. Hans-Clemens zog sich dabei eine Tuberkulose zu, von der er sich nie mehr richtig erholte. Er starb 1974. Wilhelm Lohner machte sein Abitur nach, studierte und begründete ein eigenes Tourneetheater, das „Ensemble Wilhelm Lohner“. Wilhelm Lohner starb im Jahr 2007.

Die Verfolgung der Juden endete im Völkermord. Seit der sog. Reichspogromnacht hatte sich ihre Lage weiter zugespitzt. In den folgenden Wochen und Monaten ging ein Hagel diskriminierender Verordnungen auf sie nieder. Ein Symbol war der gelbe Stern. Er signalisierte den bevorstehenden Beginn der Deportation. Die Juden waren auch in der hiesigen Region die mit Abstand größte Opfergruppe. Wie keine andere Gruppe wurde für sie die geradezu fabrikmäßige Vernichtung in den KZs des Ostens angeordnet und ganz konsequent durchgeführt. Nachdem im Sommer oder Herbst 1941 die Vernichtung der in deutschen Einflussgebiet lebenden Juden beschlossen und im Januar 1942 auf der sog. Wannsee-Konferenz der verwaltungs-mäßige Ablauf des Völkermords koordiniert worden war, setzten ab März 1942 auch die Deportationen der in Koblenz und Umgebung noch lebenden Juden ein.

Der erste Transport, der mit Güterwaggons vom Bahnhof in Lützel aus erfolgte, fand am 22. März 1942 statt. 338 Juden aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz wurden in die polnische Stadt Izbica bei Lublin deportiert. Die Verhältnisse dort waren in jeder Hinsicht katastrophal. Notdürftig Platz gab es da auch nur, nachdem dort zuvor eingepferchte polnische Juden in die nahe gelegenen Vernichtungslager Chelmno, Belzec und Sobibor verschleppt und dort ermordet worden waren. Das gleiche Schicksal war auch den Juden aus Koblenz bestimmt und im Herbst oder Winter 1942 kamen alle von ihnen im Rahmen der sog. Aktion Reinhard, benannt nach dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich, im Vernichtungslager Sobibor um. In der Folgezeit gab es noch fünf weitere Deportationen von Koblenz aus mit zum Teil unterschiedlichen Zielen. Ein Transport – vor allem mit alten und kranken Juden – führte am 27. Juli 1942 von Koblenz – vom Lützeler Güterbahnhof aus – in das Konzentrationslager Theresienstadt. Von Juden aus Mendig gibt es ein Foto, das sie auf einem Bahnhof in der Eifel vor ihrem Abtransport zeigt.

Damit wurden wesentliche Teile der damaligen bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet. Kaufleute, Unternehmer, Rechts-anwälte, Ärzte, Künstler u.a. mit ihren Familien waren Opfer des Rassenwahns.

Ein solches Schicksal hat auch Heinz Kahn erleiden müssen. Heinz und seine jüngere Schwester Gertrud waren Kinder des in Hermeskeil praktizierenden Tierarztes Dr. Moritz Kahn und seiner Frau Elise. Sein Vater war Soldat im Ersten Weltkrieg gewesen und hatte zahlreiche Orden und Auszeichnungen erhalten. Schon bald nach der Machtübernahme der Nazis begannen die Schikanen und Diskriminierungen für die Kahns. 1936 musste Heinz die Schule verlassen, damit sie „judenrein“ wurde. Noch in Hermeskeil war die Familie vom

Novemberpogrom, der „Reichspogromnacht“, betroffen. Vater Moritz kam einige Tage ins Gefängnis, dann ließ man ihn aber frei. Sein Haus in Hermeskeil musste er dann unter Wert an die Gemeinde verkaufen.

Im März 1939 zog die Familie Kahn nach Trier. Heinz und seine Schwester Gertrud wurden als Juden dienstverpflichtet und mussten in verschiedenen Betrieben zwangsweise Arbeit verrichten. Am 1. März 1943 wurde die Familie Kahn - Vater Moritz, Mutter Elise, Sohn Heinz und Tochter Gertrud - von Trier aus in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Bei der Selektion auf der Rampe von Auschwitz-Birkenau wurde Heinz von der Familie getrennt. Zum Abschied sagte sein Vater zu ihm: „Heinz, Du kommst zur Arbeit, Du musst überleben!“ So kam es auch. Zum letzten Mal hatte Heinz seine Familie gesehen. Heinz kam zur Zwangsarbeit nach Auschwitz III – Auschwitz-Monowitz. Aufgrund seiner Geschicklichkeit und Umsicht kam Heinz dann nach Auschwitz II – Auschwitz-Birkenau, dort übertrug man ihm besondere Aufgaben, zeitweise war er Pfleger, Häftlingsschreiber und Lagerläufer. Dadurch hatte er gewisse Privilegien und konnte anderen Häftlingen helfen.

Mitte Januar 1945 wurde Heinz Kahn ins KZ Buchenwald verschleppt. Dort arbeitete er im „Selektionskommando“. Dies musste die Toten u.a. auf Goldzähne untersuchen, sie ihnen entfernen und das Zahngold für die SS sammeln. Nach der Befreiung kehrte er nach Trier zurück. Er wurde erster Vorsitzender der Jüdischen Kultusgemeinde von Trier, machte sein Abitur nach, studierte Veterinärmedizin, legte sein Examen ab und promovierte. Mit seiner Frau Inge zog er 1954 nach Polch. Dort betrieb Dr. Heinz Kahn bis vor wenigen Jahren eine Tierarztpraxis. Seit 1987 war er Vorsitzender der Jüdischen Kultusgemeinde von Koblenz. Heinz Kahn steht nicht nur für verfolgte jüdische Jugendliche, sondern auch für den jüdischen Jugendwiderstand. Als Häftlingsschreiber im Krankenbau von Auschwitz-Birkenau rettete er vor seiner Verschleppung im Januar 1945 viele Unterlagen, indem er sie in Marmeladeneimer packte, diese verschweißte und sie dann in Wasserlachen versenkte. Deshalb war er auch Zeuge im Frankfurter Auschwitz-Prozess vor nunmehr 50 Jahren. Im KZ Buchenwald gehörte Heinz Kahn zu den Mitwissern des Illegalen Internationalen Lagerkomitees und war Beschaffer und Verstecker der einen oder anderen Schusswaffe für die Befreiung des Lagers. Heinz Kahn ist im Februar letzten Jahres im Alter von 91 Jahren gestorben.

Ein ähnliches Schicksal wie die Juden hatten die Sinti zu erleiden. Der massenhafte Mord an ihnen begann mit Himmlers Auschwitz-Erlass von Dezember 1942, mit dem etwa 22.000 Sinti und Roma aus ganz Europa in den als „Zigeunerlager“ bezeichneten Abschnitt des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Die erste Deportation der Sinti aus Koblenz fand am 10. März 1943 statt. Betroffen hiervon waren etwa 150 Personen, 40 Männer, 44 Frauen und 65 Kinder. Unter ihnen waren auch mehrere Familien aus Münstermaifeld und aus Arft. Sie wurden dann in Koblenz gesammelt und von Koblenzer Hauptbahnhof aus dann nach Auschwitz verschleppt wurden. In der Folgezeit hat es mindestens noch eine weitere Deportation von Sinti aus Koblenz gegeben. Diese fand Ende April 1944 statt und hatte ebenfalls das „Zigeunerlager“ des KZ Auschwitz-Birkenau zum Ziel. Diese Deportationen wurden von der Kriminalpolizei hier in Koblenz mitorganisiert und durchgeführt. Ähnlich wie bei den Juden gab es auch unter den Sinti und Roma in Auschwitz „Selektionen“. Die Arbeitsfähigen wurden in andere KZs verschleppt, die übrigen Anfang August 1944 „liquidiert“. Allein in Auschwitz wurden 26 Sinti aus Koblenz ermordet. Mit fortschreitendem Weltkrieg kamen immer mehr ausländische Staatsangehörige ins Deutsche Reich und auch nach Koblenz. Sie waren für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft dringend nötig, denn es standen damals sehr viele Männer als Soldaten im Krieg und zudem wurden in der Rüstungsindustrie und Landwirtschaft viele Arbeitskräfte gebraucht. Diese Ausländer waren entweder Kriegsgefangene oder - wie man sie im Unter-

schied hiervon verharmlosend nannte - „Zivilarbeiter“. In Koblenz gab es zeitweise 1.265 Fremdarbeiter, vor allem Russen und Polen. Die Zwangsarbeiter waren bei öffentlichen Betrieben und bei Privatfirmen beschäftigt und kehrten vielfach nach der Arbeit in die Sammelunterkunft zurück. Für die Polen, die schon ab Ende 1939 als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, galt ein strafrechtliches Sonderrecht, die Polenstrafrechtsverordnung. Verstöße hiergegen wurden vor dem Sondergericht angeklagt. Am schlechtesten ging es den Sowjets. Sie waren für die Nazis „Untermenschen“, mussten das Abzeichen „Ost“ für Ostarbeiter tragen, waren fast ausschließlich in Sammellagern - mit Stacheldraht herum - untergebracht. Ihre Lebenssituation war generell gekennzeichnet durch schlechte Ernährung, Bezahlung, Unterbringung und Kleidung, oft überlange Arbeitszeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Übervorteilung durch deutsche Vorgesetzte, Diffamierungen und Misshandlungen. Man wollte nur ihre Arbeitskraft. Schwangerschaften waren unerwünscht. Allein im Städtischen Krankenhaus Kemperhof wurde bei mehreren hundert Polinnen und Ostarbeiterinnen die Leibesfrucht abgetrieben. Bei Arbeitsverweigerungen und „Unbotmäßigkeit“ kamen die Zwangsarbeiter vorübergehend in Gestapohaft.

Bisher wurde immer von Verfolgungssituationen und von widerständigem Verhalten von Personen berichtet, die Mitglieder von Gruppen waren - und die deshalb widerständig und/oder Opfer von Verfolgung wurden. Der Betreffende wurde verfolgt, weil er Kommunist, Zeuge Jehovas, katholischer Priester, Sinto, Jude, Zwangsarbeiter o.ä. war. Auf der Höhe des Terrors wurde potentiell jedes nonkonforme Verhalten, ja jede abweichende, „defätistische“ Meinungsäußerung zum Verbrechen. Damit erreichte die Verfolgung eine ganz neue Dimension: Es kam tendenziell zur Verfolgung des Volkes.

Pastor Martin Niemöller, einer der aktivsten Köpfe der Bekennenden Kirche und langjähriger Verfolgter der Nazis, hat diese Entwicklung und die Unfähigkeit, dagegen wirksam protestieren zu wollen und später zu können, einmal in die treffenden Worte gekleidet:

**Als die Nazis die Kommunisten holten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.  
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Gewerkschafter holten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.  
Als sie mich holten,  
gab es keinen mehr, der protestieren konnte.**

In den Augen der Nazis und ihrer juristischen Helfer war inzwischen schon die harmlose Meinungsäußerung, wie das Zweifeln am „Endsieg“, straf- und sogar todeswürdig. Nicht selten führten solche „defätistischen“ Äußerungen teilweise zur Todesstrafe oder zu langjährigen Gefängnisstrafen bzw. zur „Schutzhaft“ in Koblenz mit anschließender Deportation in ein KZ und alsbaldigem Tod. Ein Beispiel dafür ist die Bendorferin Gertrud Roos. Sie wurde von einer „Freundin“ denunziert, aufgrund von Nachrichten eines ausländischen Senders defätistische Äußerungen gemacht zu haben. Ihr gelang es noch, den Vorwurf des Abhörens ausländischer Sender zu entkräften. Gleichwohl kam sie in Haft, erst in das Gefängnis in Bendorf, dann in Koblenz. Von Koblenz aus wurde sie ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt, dort musste sie Zwangsarbeit leisten. Gertrud Roos überlebte und erzählte mir vor einigen Jahren von ihrem Verfolgungsschicksal. Sie ist vor zwei Jahren gestorben.

Als Lichtblick in jener ganz dunklen Zeit, als moralische Instanz und als Funken Hoffnung auf ein besseres Deutschland gab es den Attentatsversuch am 20. Juli 1944. Unmittelbar beteiligt daran war Philipp Freiherr von Boeselager aus Kreuzberg an der Ahr. Er sollte mit seinen Reiterschwadronen – über 1.000 Soldaten – von der Ostfront nach Berlin gelangen und dort beim Umsturz Teile des Regierungsviertels besetzen und abriegeln. Dazu kam es

aber nicht, weil zuvor bekanntlich das Attentat von Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler im Führerhauptquartier in der Wolfschanze fehlschlug.

Diese Attentäter waren aber nicht ganz allein. Es gab zumal in Berlin zahlreiche Zirkel und Widerstandsgruppen. Mitglieder dieser Gruppen stammten auch aus dem heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz. So war die in Boppard geborene Maria Terwiel, eine Juristin, Mitglied der Widerstandsgruppe der sog. Roten Kapelle. Sie wurde ebenso hingerichtet wie der in Bad Ems geborene und zum Kreisauer Kreis gehörende Sozialist und Reformpädagoge Adolf Reichwein. In Koblenz selbst geboren war der katholische Priester und Armeepfarrer a. D. Friedrich Erxleben. Als profiliertes Mitglied des sog. Solf-Kreises entging er einer Verurteilung durch den Volksgerichtshof und dem mutmaßlichen Tod nur knapp. Nach dem Krieg wurde er Pfarrer in der Moselgemeinde Müden.

Nach dem gescheiterten Attentat setzte ein Rachefeldzug Hitlers ein. Dabei machten die Nazis und ihre Helfer nicht einmal vor deren Familienangehörigen, also Frauen und Kindern, und selbst nicht vor einer Schwägerin eines Prinzen von Hohenzollern halt. Diese, Lina Lindemann, war mit dem Artilleriegeneral Fritz Lindemann verheiratet und lebte zurzeit des Attentats bei ihrer Schwester auf Burg Namedy bei Andernach. Frau Lindemann war als sog. Sippenhäftling längere Zeit in Gestapohaft in dem Karmelitergefängnis in Koblenz, ehe sie dann über viele Stationen fast durch das ganze damalige Deutsche Reich gehetzt und schließlich im Hochpustertal in Südtirol befreit wurde.

Zur gleichen Zeit, als die „Sippenhäftlinge“ festgenommen wurden, begann die „Aktion Gewitter“. Diese Aktion kann nicht als eine gezielte Fahndungsmaßnahme nach Beteiligten am versuchten Attentat vom 20. Juli 1944 verstanden werden. Dazu war der Kreis der zu Verhaftenden mit mehr als 5.000 Personen viel zu groß und indifferent. „Sinn“ dieser „Aktion“ war eine „Präventivmaßnahme“, ihre Opfer waren frühere sozial-demokratische und auch kommunistische Mandatsträger (Landtagsabgeordnete, Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete) sowie auch Abgeordnete der Zentrumsparterie. Betroffen von dieser Aktion waren in Koblenz u.a. die frühere Stadtverordnete Maria Detzel, die sich als „wahre Mutter der Kriegsoffer“ einen Namen verdient hatte, und die frühere Zentrumsabgeordnete und Lehrerin Helene Rothländer. Sie kamen aber nach einigen Wochen der Haft frei, das Schlimmste blieb ihnen erspart. Nach dem Krieg waren Maria Detzel und Helene Rothländer sehr aktiv und engagierten sich als Beamtinnen und Politikerinnen für das neue Land Rheinland-Pfalz.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich zwar nicht am Ende und auch nicht fertig, aber ich höre hier mit dem Vortrag auf. Vieles konnte ich nur verkürzt darstellen, manches gar nicht. Bitte haben Sie dafür Verständnis.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit.